

Deniz Celik

DENIZ CELIK

MEINE POLITISCHEN ZIELE

Ich möchte, dass alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status die **bestmögliche Gesundheitsversorgung** erhalten. Mit der Privatisierung der Krankenhäuser wurde in Hamburg eine gute stationäre Gesundheitsversorgung den Profitinteressen einiger privater Konzerne geopfert. Wir dürfen nicht zulassen, dass für noch mehr Profite an Personal gespart wird und sich die Qualität der Patientenversorgung weiter verschlechtert. **Gesundheit ist keine Ware**. Daher gehören Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser in die öffentliche Hand.

Biografisches:

1978 in Hamburg geboren, verheiratet

Beruflich:

- bis 2010 Studium der Politikwissenschaften und des Öffentliches Rechts an der Universität Hamburg
- 2010 Koordinator für Migrantenorganisationen für das Kampagnenteam "Chancen für alle"
- 2012/2013 Öffentlichkeitsarbeit in einer Hamburger PR-Agentur
- 2014-2015 Internetbetreuung in der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE

Politisch:

in Partei und Parlament:

- 2008 Eintritt in die LINKE
- ab 2011 Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE, Hamburg-Nord
- ab 2014 Abgeordneter in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
- ab 2015 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und stellvertretender Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion

außerparlamentarisches Engagement

- ab 2013 Engagement in den Bürgerinitiativen "Rettet das Freibad Ohlsdorf" und "Kein Turmbau zu Barmbek"
- ab 2014 Mitglied im Vorstand der Arbeiter- und Jugendverein Hamburg e.V.

(DIDF Hamburg)

AKTUELLES

BEITRÄGE VON DENIZ CELIK

ANTRÄGE VON DENIZ CELIK

Hier finden Sie aktuelle Anträge des Abgeordneten Deniz Celik – ältere Anträge, kleine und große Anfragen finden Sie [in der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft](#).

18. Juli 2018

[**Auf die Überholspur gegen HIV und AIDS – Hamburg soll der FastTrack-Cities-Initiative beitreten**](#)

Seit dem Start am Welt-AIDS-Tag 2014 am 1. Dezember haben mehr als 90 Metropolen weltweit die Paris Declaration „Fast Track Cities: Ending the AIDS epidemic“ unterzeichnet, die von UNAIDS, IAPAC, UN-HABITAT und dem Bürgermeister von Paris ins Leben gerufen wurde, darunter auch Berlin als Deutschlands größte Metropole und Hamburgs Partnerstadt Chicago. Ein Beitritt zu den „Fast Track Cities“ bietet Hamburg gute Möglichkeiten, beim Kampf gegen HIV und AIDS, besser zu werden. Daher fordern wir den Senat dazu auf, bis Ende 2018 einen Beitritt Hamburgs zur „Fast-Track-Cities-Initiative“ einzuleiten. [Zum Antrag](#)

26. Juni 2018

[**Hamburg unterstützt Forschungsteam für eine klinische Studie zur Heilung von HIV/AIDS**](#)

Das Forschungsprojekt um Professor Joachim Hauber im Heinrich-Pette-Institut (HPI), das an der Möglichkeit arbeitet, durch den Einsatz einer spezifischen „molekularen Schere“ die genetische Information des HI-Virus nach erfolgter

Infektion wieder aus dem Körper zu entfernen, ist wichtig und sollte, wie im Antrag Drs. 21/13441 vorgeschlagen, gefördert werden. Allerdings sollten einige Aspekte bei einer solchen Finanzierung mitgedacht werden, welche wir [in unserem Antrag](#) anführen. 12. Juni 2018

[Schutz von pflegebedürftigen Menschen sicherstellen – Hamburgisches Wohnbetreuungsqualitätsgesetz und Wohn-Pflege-Aufsicht verbessern](#)

Die Gesundheitsbehörde stellte am 22.05.2018 in einer Pressekonferenz ihre Pläne zur Reform der Wohn-Pflege-Aufsicht und einer Novellierung des Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes vor. Die geplanten Maßnahmen sind aber nicht ausreichend, um einen durchgängigen Schutz und eine Selbstvertretung der auf Pflege angewiesenen Menschen und ihrer Angehörigen sicherzustellen. [Zum Antrag](#)

16. Mai 2018

[Mindestlohn auch im Vergabegesetz verankern](#)

Neben dem beantragten tariflichen Mindestlohn für Beschäftigte der eigenen Unternehmen kann die Freie und Hansestadt Hamburg auch Anstoßgeberin für die Privatwirtschaft sein. Die Vergabe von Aufträgen an Privatfirmen ist für viele Branchen eine wesentliche Umsatzquelle. Jährlich vergibt die Freie und Hansestadt Hamburg für etliche Milliarden Euro Aufträge extern und ist damit in vielen Branchen eine wesentliche Umsatzquelle. [Zum Antrag](#)

20. November 2017

[Vision Zero für Leiharbeit angehen](#)

Leiharbeit verunmöglicht Menschen eine verlässliche Lebensplanung und ist der moderne Nachfolger der Tagelöhnerei. Am Ende jedes Einsatzes müssen Leiharbeitnehmer_innen um ihre Weiterbeschäftigung bangen, da das Nichtfinden eines neuen Entleihbetriebs von den Verleihfirmen regelmäßig als Anlass für betriebsbedingte Kündigungen genutzt wird. Bei vielen kurzfristigen Entleihungen ist nicht einmal eine verlässliche Urlaubsplanung möglich, da die Urlaubstage effektiv zur Abpufferung von Zeiträumen ohne Aufträge genutzt werden. Vor diesem Hintergrund soll die Stadt Hamburg anstreben, die Leiharbeit in ihrem Einflussbereich komplett abzuschaffen. [Zum Antrag](#)

08. November 2017

[Den Worten Taten folgen lassen – Jetzt Schritte zu 13 Euro Landesmindestlohn machen!](#)

Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz hat sich am 27. Oktober 2017 in seiner Funktion als stellvertretender Parteivorsitzender der SPD in einem [Papier zur Erneuerung der SPD](#) für eine deutliche Steigerung des Mindestlohns ausgesprochen. Konkret forderte er kürzlich in einem Interview mit „DEM SPIEGEL“: „Wir sollten den Mindestlohn so anheben, dass ein fleißiger Mann und eine fleißige Frau, die Vollzeit arbeiten im Alter nicht auf öffentliche Hilfe angewiesen sind. Ich bin daher der Auffassung, dass wir den Mindestlohn ... auf zwölf Euro pro Stunde anheben sollten.“ Es ist an der Zeit, dieses Versprechen in Taten umzusetzen! [Zum Antrag](#)

31. August 2017

[Sofortmaßnahmen am Krankenbett – Gute Arbeitsbedingungen und mehr Patientensicherheit in Hamburger Krankenhäusern](#)

Es herrscht ein gravierender Pflegenotstand im Krankenhaus. Eine Pflegekraft muss zu viele Patient_innen allein versorgen. Das gefährdet die Gesundheit der Patient_innen, weil der Anteil an vermeidbaren Komplikationen und kritischen Situationen steigt. Hierüber besteht große Einigkeit bei fast allen Akteuren/-innen im Gesundheitswesen. [Zum Antrag](#)

10. Juli 2017

[Blutspenderegungen und Blutspendepraxis diskriminierungsfrei gestalten](#)

Der Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 21/9637) macht auf das wichtige Problem aufmerksam, dass durch die „Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten“ der Bundesärztekammer ein diskriminierender Dauerausschluss von Männern, die Sex mit Männern haben (MSM), festgeschrieben wird. Der Ausschluss bezieht sich nicht auf das individuelle Risikoverhalten und damit das individuelle Risiko, sondern auf die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe (der homo- und bisexuellen Männer) und somit ist ein erhebliches Diskriminierungspotenzial gegeben. [Zum Antrag](#)

27. Juni 2017

[Rekommunalisierung von PFLEGEN & WOHNEN prüfen](#)

Hamburgs größter Pflegeheimbetreiber, „PFLEGEN & WOHNEN“, steht einem Bericht des NDR zufolge erneut zum Verkauf, Gespräche mit einem möglichen Investor laufen demnach. Die Beschäftigten befürchten die Aufkündigung der bestehenden Tarifverträge durch den neuen Eigentümer und eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. [Zum Antrag](#)

22. Juni 2017

Neue Wege in der Cannabispolitik ermöglichen – Bundesratsinitiative unterstützen

Das Ziel von Drogenpolitik sollte sein, die Gefahren, die durch den Drogenkonsum entstehen, zu verringern. Dazu gehören der Gesundheitsschutz von Konsumenten/ -innen, der Jugendschutz, Prävention und Aufklärung, Beratungs- und Hilfsangebote und die Risikominimierung (harm reduction). [Zum Antrag](#)

14. Juni 2017

G20-Gipfel: Staatliches Lohndumping und sonstige Belastungen für Beschäftigte – Das muss mit einem „Gipfelzuschlag“ ausgeglichen werden

Unter der Überschrift „Gute Arbeit und gesundes Leben“ wird auf der Homepage der Bundesregierung darauf hingewiesen, dass die G20-Arbeitsministerinnen und -minister bei ihrem Treffen am 18. und 19. Mai über eine faire Gestaltung der Arbeitsmärkte und ein wirtschaftliches Wachstum, von dem alle profitieren, sprachen. [Zum Antrag](#)

2. Juni 2017

Gute Gesundheitsversorgung und Pflege für alle sicherstellen und verstetigen

Bestmögliche Gesundheitsversorgung ist ein fundamentales Menschenrecht und eine wesentliche Voraussetzung für soziale Teilhabe. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Der Zugang zu den Angeboten und Leistungen der Gesundheitsversorgung muss für alle Menschen in unserer Stadt gleichberechtigt und diskriminierungsfrei gewährleistet werden. Diese Zielsetzung wird durch die zunehmende Ökonomisierung der Hamburger Gesundheitsversorgung konterkariert. Für eine Gesundheits- und Pflegeversorgung, die den Menschen statt den Profit in den Mittelpunkt stellt, ist es notwendig, die Krankenhäuser und die Pflegeeinrichtungen in städtischen Besitz zu überführen. [Zum Antrag](#)

27. Oktober 2016

Das muss drin sein: Rentenniveau anheben – Den Lebensstandard im Alter sichern

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind von Altersarmut betroffen. Hamburg liegt beim Anteil der Bezieher/-innen von Grundsicherungsleistungen im Alter mit 7,4 Prozent bundesweit an der traurigen Spitze. Der Anteil der Senioren/-innen mit Grundsicherungsleistungen ist in Hamburg fast zweieinhalbmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt (3,1 Prozent). Die Armutsgefährdungsquote bei Rentnern/-innen und Pensionären/-innen (65+) hat 2015 in Hamburg, gemessen am Landesmedian, einen neuen Höchststand von 15,8 Prozent erreicht und ist somit im Vergleich zu 2005 (8,9 Prozent) fast doppelt so hoch! Aufgrund der Absenkung des Rentenniveaus und der Veränderung von Erwerbsbiografien (Erwerbsunterbrechungen,

Langzeitarbeitslosigkeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse) wird die Armut im Alter weiter zunehmen, immer mehr Hamburger/-innen werden betroffen sein. Armut im Alter erschwert die soziale Teilhabe und das Altern in Würde. [Zum Antrag](#)

12. Juli 2017

[Das muss drin sein – Senat muss den Befristungswahn in Hamburg stoppen!](#)

Hamburg ist als Bundesland trauriger Spitzenreiter, was befristete Beschäftigungen angeht. Jeder achte Beschäftigte in Hamburg arbeitete im vergangenen Jahr befristet. Auch bei der Stadt und in den öffentlichen Unternehmen herrscht in bestimmten Bereichen ein Befristungswahn. Mehr als 100 Beschäftigte in den Kitas, bei der Hamburger Hochbahn AG, bei der Hamburger Feuerwehr sowie in der Behörde für Schule und Berufsbildung sind in einem sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnis beschäftigt. Insgesamt sind bei der Stadt und in den öffentlichen Unternehmen über 4.000 Beschäftigte sachgrundlos befristet beschäftigt. [Zum Antrag](#)

30. März 2017

[Verbesserung der kinderärztlichen, gynäkologischen und geburtshilflichen Versorgung für Flüchtlinge durch Verbesserung der gesundheitlichen Regelversorgung in Hamburg](#)

An erster Stelle muss der Initiative Refugees Welcome Karo Viertel gedankt werden, die Anfang März 2016 ein sehr hilfreiches und umfassendes Forderungspapier zur kinderärztlichen Versorgung veröffentlicht hat. [Zum Antrag](#)

2. März 2016

[Die Bekämpfung von Altersarmut zum konstitutiven Bestandteil des Demografie-Konzeptes machen](#)

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass es ein Konzept gibt, das versucht, den demografischen Entwicklungen in Hamburg Rechnung zu tragen. Dementsprechend ist auch zu begrüßen, dass das Demografie-Konzept fortgeschrieben werden soll, was zeigt, dass die Belange von älteren Menschen auch als wichtig erachtet werden. [Zum Antrag](#)

25. November 2015

[Ankommen – Teilhaben – Bleiben! Maßnahmen zur medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten umsetzen](#)

Der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Religion, ethnischer Herkunft und Aufenthaltsstatus ist ein Menschenrecht, zu dem sich Deutschland in völkerrechtlich verbindlichen

Abkommen bekannt hat. [Zum Antrag](#)